

Jacob Kikkert

Die Arbeit des MCC unter dem Aspekt sozialer Verantwortung

Das Mennonite Central Committee (MCC) leistet einen recht erfolgreichen Beitrag zu sozialer Basisarbeit, Entwicklungsarbeit und zur Befähigung der Menschen zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung ihrer Interessen ("Empowerment") – in den USA und Kanada sowie den über 50 Ländern weltweit, in denen es tätig ist. Es verdankt dies seiner strategischen und programmatischen Ausrichtung auf Verantwortlichkeit, seinem ganzheitlichen Grundrechte-Ansatz sowie einer Haltung des Zuhörens und Lernens, die sich dem "Empowerment" und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtet weiß. Eine Herangehensweise nach dem Motto "Small is beautiful" ist offensichtlich nach wie vor eine wirksame, effiziente, verantwortliche und basisorientierte Möglichkeit, an gesellschaftlichen, sozialen und entwicklungspolitischen Problemstellungen zu arbeiten.

Dort, wo sich zwischen Menschen und Nationen eine Kluft zwischen Arm und Reich, zwischen Mächtigen und Ohnmächtigen auftut, wo einige wenige sich die Ressourcen aneignen, die das Erbe aller sind, wo die Krone der Schöpfung durch ungerechte soziale Strukturen zu den Elenden dieser Erde wird – dort herrscht Ungerechtigkeit. Die Medien berichten heute oft über Armut, Willkür und Ungerechtigkeit. Wir hören von Wuchermieten, wir hören, dass Menschen vom Staat oder von Großunternehmen gezwungen werden, ihr angestammtes Land zu verlassen. Wir lesen von großen Gewinnen auf Nahrungsmittel und Medikamente und von geringen Löhnen für Ungelernte. Wir hören, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe ungerecht behandelt werden, und wir hören von Ungerechtigkeiten, die von korrupten Staatssystemen herrühren. In der Sprache der Bibel könnte Ungerechtigkeit auch als Sünde bezeichnet werden. Wo es Ungerechtigkeit gibt, leiden alle, wobei ihre verrohende Wirkung besonders bei den Erniedrigten und Unterdrückten schwere Folgen zeitigt. Deshalb bedürfen sie der Anerkennung, der Befreiung, der Gerechtigkeit und der Heilung. Die Unterdrücker und Erniedrigten leiden ebenfalls. Auch sie müssen von ihrer bewussten oder unwissentlichen Beteiligung an diesem Bösen befreit werden. Schädliche Strukturen und Unterdrücker hindern den Menschen daran, sein ganzes Menschsein zu leben, weil er dieses Unrecht mitträgt.

Die meisten Christen stimmen überein, dass die Kirche dazu aufgerufen ist, "für die Witwen, Waisen und Fremdlinge zu sorgen", wie es in der Bibel so häufig formuliert wird. Auch wenn die meisten Christen der Auffassung sind, dass es Aufgabe des Staates ist, das Gemeinwohl zu fördern, sind sie sich uneins über die konkreten Aufgaben von Kirche und Staat bei der Bekämpfung der Armut. Im Norden unserer Welt fordern manche eine Arbeitsteilung. Aufgabe des Staates ist es, für Ordnung und Sicherheit zu sorgen, Unter-

nehmertum und Wirtschaft zu fördern, ein soziales Sicherungssystem für die Schwächsten zu bieten und sich in der humanitären Hilfe wie auch für nachhaltige Entwicklung zu engagieren, um auf eine Welt hinzuwirken, in der größere Sicherheit und Fairness und größerer Wohlstand herrschen. Die Aufgabe der Kirche ist es hingegen, durch die Versorgung von Armen, Kranken und Alten einzelne Familien zu unterstützen. Andere Christen sehen die Kirche als Vorbild für Gottes Willen für die Gesellschaft insgesamt. Da das Reich Gottes die ganze Welt und nicht nur die Kirche umfassen soll, leben die Gemeinden Engagement im Sozial- und Entwicklungsbereich vor und hoffen, dass der Staat dem Beispiel folgt. Unterdessen stehen Sozialleistungen wie zum Beispiel zugängliche medizinische Versorgung in vielen Staatshaushalten im Westen zur Kürzung an. Der Kolonialismus hat neue Formen der Abhängigkeit und Ausbeutung entwickelt. Zugleich kann man in Frage stellen, ob die Entwicklungshilfe der letzten fünf Jahrzehnte wesentlich und nachhaltig zur wirtschaftlichen Entwicklung der verarmten Entwicklungsländer im Süden beigetragen hat oder womöglich die Unterentwicklung zementiert hat, und es stellt sich die Frage, wie hier Abhilfe geschaffen werden kann. Bei gleichzeitigen Steuersenkungen – die die öffentlichen Investitionen verringern und Haushaltskürzungen erzwingen – neigen heute viele Regierungen in den Industrieländern dazu, die sozialen Sicherungssysteme wie auch die Entwicklungshilfe zu privatisieren oder abzubauen.

Es herrscht größere Gleichförmigkeit als je zuvor in der Geschichte, eine Folge der Dominanz der westlichen kapitalistischen Welt durch Handel und durch die Verbreitung postmoderner kultureller Normen über die Medien. Zugleich findet eine nachdrücklichere Abgrenzung statt als gegenkultureller Widerstand gegen das Einebnen der Eigenheiten in globale Gleichförmigkeit. Im Globalisierungsdiskurs wird die Homogenisierung von Kultur, Produktion und Konsum häufig thematisiert.

Die aktuellen Trends deuten darauf hin, dass wir uns auf eine globale und lokale Gesellschaft von Gewinnern und Verlierern hinbewegen, in der diejenigen Sicherheit genießen, die relativ wohlhabend und mächtig sind. Menschen und Gemeinschaften, die der grundlegenden sozialen Absicherung bedürfen, gegeneinander auszuspielen, widerspricht dem Grundsatz des Gemeinwohls, der darin besteht, die Mittel von Menschen mit unterschiedlichen Risiken – von armen und reichen, gesunden und kranken, alten und jungen Menschen – zu bündeln, damit niemand seine individuelle Last allein tragen muss. So verfügen nach Aussage von Soziologen zwei Prozent der Weltbevölkerung über 70 Prozent des Besitzes und über sämtliche politische Macht. Was bleibt uns, als einzugestehen, dass dies auf eine globale Ethik ohne Sinn für Moral und soziale Gerechtigkeit hindeutet? Nach der Überlieferung des Neuen Testaments hat die frühe Kirche den Grundsatz des Gemeinwohls vorgelebt, indem die Gemeindeglieder all ihr Hab und Gut verkauften und den

Erlös miteinander teilen. Auch wenn das in der alltäglichen Praxis Utopie geblieben ist, war die Kirche im Laufe ihrer Geschichte doch Vorreiter bei der Versorgung der Schwächsten im eigenen Umfeld und in der Ferne, beim Trösten der Trostbedürftigen, bei der Einrichtung von Kliniken, Unterkünften, Armenküchen, Schulen und Basisentwicklungs- und einkommensschaffenden Projekten. Heißt das, dass die Kirche angesichts des sich abzeichnenden Niedergangs der staatlichen Sicherungssysteme in die Bresche springen kann? Während die Existenz der Kirche ihren Mittelpunkt in Christus hat, finden ihr Zeugnis und ihre Berufung in der Gesellschaft Ausdruck: Zu allen Zeiten hat die Arbeit der Kirche Menschenleben gerettet und ist Jesu Ruf gefolgt, "diesen Geringsten" zu dienen. Aber Wohltätigkeit ist kein Ersatz für Gerechtigkeit. Sie ist natürlich der traditionellste Ansatz – materielle Unterstützung, humanitäre Hilfe und soziale Dienste. Sie hat ihren berechtigten Platz als Vorgehensweise in Krisen, die durch Naturkatastrophen oder durch die Zerstörungen des Krieges hervorgerufen werden. Aber sie ist vorübergehend, auf konkrete betroffene Menschen beschränkt und als Hilfe beim Weiterleben gedacht. Dort, wo die Probleme der Menschen chronisch, vielfältig und Teil der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Strukturen sind, ist nicht davon auszugehen, dass ein von Wohltätigkeit geprägter Ansatz die Strukturprobleme lösen und die zugrunde liegenden Ursachen bekämpfen kann.

Seit zwei Jahrzehnten wird die internationale Hilfe zunehmend über internationale und einheimische Nichtregierungsorganisationen (NRO) statt über die bilaterale staatliche Zusammenarbeit geleistet. Der Aufstieg des Neoliberalismus als führender entwicklungspolitischer Ansatz hat die herausragende Rolle der NRO im globalen System noch gestärkt. Ein UN-Bericht aus dem Jahr 1995 zu "Global Governance" ging von damals fast 29 000 internationalen NRO und einer Summe von schätzungsweise 5 Milliarden US-Dollar aus, die als Entwicklungshilfe über NRO bereitgestellt wurde. Da die Zahl der nichtstaatlichen Akteure stetig zugenommen hat, deutet einiges darauf hin (wenngleich nicht eindeutig), dass die NRO bei der Förderung von sozialer Gerechtigkeit und Entwicklung bessere Ergebnisse erzielen als die bilaterale Entwicklungshilfe.

Susan Dicklitch und Heather Rice stellen in einem Artikel über NRO mit religiösem Hintergrund ("Development in Practice", August 2004) fest, dass diese NRO bei der Umsetzung von humanitärer Hilfe und Entwicklungshilfe offenbar effektiv arbeiten. Den Autorinnen zufolge unterscheiden sich NRO aus dem religiösen Spektrum von säkularen NRO durch ihren Zugang zu einer bestehenden Basis vor Ort, da sie dort auf kirchliche Gruppen und Gemeinden zurückgreifen können, die ihnen Zugang zu einem Forum auf Basisebene ermöglichen. Hinzu kommt, dass Kirchen im Allgemeinen Achtung genießen und über moralische Legitimität und Einfluss verfügen. Häufig sind die Menschen vor Ort so mit dem täglichen Überleben und der Sicherung ihrer Grund-

bedürfnisse beschäftigt, dass sie wenig Zeit zu freiwilligem Engagement haben, selbst wenn ihnen dieses Engagement langfristig von Nutzen sein könnte. Hier liegt das größte Potenzial der Organisationen mit religiösem Hintergrund, denn für die Kirche und kirchliche Aktivitäten nehmen sich die Menschen oft doch noch Zeit. Kirchliche Sozialinitiativen, Gruppen, Institutionen und Gemeinschaften verfügen dank ihrer Basisarbeit über Fachwissen und Glaubwürdigkeit in sozialen Fragen. Eine der Stärken zahlreicher MCC-Maßnahmen in Nordamerika und weltweit liegt in der Betonung der Gemeinschaft innerhalb der Kirche und über sie hinaus, mit der soziales Kapital und größeres bürgergesellschaftliches Engagement aufgebaut werden können. Das MCC ist sich auch über die Notwendigkeit der Verantwortlichkeit gegenüber der Basis und die Legitimität im Klaren, die ihm die Basis im eigenen Land und vor Ort verleiht.

In dem Namen "MCC" spiegelt sich wider, dass sich 15 verschiedene kirchliche Gruppen (Mennoniten und Brüder in Christo) in einem "Zentralkomitee" vereinigt haben. Ausgehend vom späten 19. Jahrhundert begannen die Mennoniten, sich aus ihrer Isolation zu lösen. Wichtigen Ausdruck fand dieses neue Selbstverständnis in der Einrichtung von Institutionen, insbesondere Bildungseinrichtungen und Dienst- und Missionswerke. Das MCC ist ein Produkt dieses Entstehens von Institutionen. Heute tun über 900 Personen in über 50 Ländern Dienst für das MCC. Die Organisation ist verwurzelt in der mennonitischen Glaubenstradition mit theologischem Schwerpunkt auf der Auffassung, dass Frieden und Gerechtigkeit im Zentrum des Evangeliums stehen und dass das Reich Gottes auf diesen Werten fußt. Auf dieser Grundlage setzt sich das MCC kontinuierlich für die Erreichung von Frieden und sozialer Gerechtigkeit auf gewaltfreiem Wege ein. Frieden und soziale Gerechtigkeit werden als ein einziges Ideal und nicht als getrennte Ziele betrachtet. Daher will das MCC dazu beitragen, strukturelle Hindernisse für eine gerechtere Verteilung der Ressourcen auszuräumen, und will dabei zugleich den Menschen zu einem neuen Verständnis ihrer Schwierigkeiten verhelfen. Die Projekte zielen darauf ab, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich Gerechtigkeitsproblematiken bewusst zu machen. Dazu gehört beispielsweise auch die Friedensarbeit, die sich in inhaltlicher Auseinandersetzung, Gebet und aktivem gewaltfreiem Zeugnis gegenüber den Strukturen äußert, die Ungerechtigkeiten und Gewalt hervorbringen und verstetigen. Das läuft dem neoliberalen Entwicklungsmodell oft insofern diametral entgegen, als das MCC mehr daran interessiert ist, Menschen zu stärken und soziale Gerechtigkeit zu fördern, als Marktwachstum um jeden Preis anzustreben.

Das MCC engagiert sich durchaus in der Nothilfe, legt aber auch großes Gewicht auf menschliche Grundbedürfnisse, darunter Existenzsicherung, Unterkunft und die Erhaltung von Menschenleben. Es ist aktiv in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Landwirtschaft, Frieden und Gerechtigkeit, Entwicklung

sowie Schaffung von Arbeitsplätzen vor Ort. Dabei arbeitet das MCC oft über eine einheimische Partnerorganisation oder auf Bitten einer örtlichen Einrichtung oder Kirche, so dass seine Maßnahmen nicht als Eingriff von außen wahrgenommen werden. Entsprechend stehen ausländische Regierungen dem MCC häufig positiv gegenüber. Eine Präferenz für kleinere Aufgaben auf Basisebene ermöglicht es dem MCC, eng mit Einheimischen vor Ort zusammenzuarbeiten, was es auch leichter macht, Rechenschaft über die Mittelverwendung abzulegen. Neben zahlreichen anderen Bereichen richtet das MCC seine Programme darauf aus, Brücken zwischen Menschen zu bauen, medizinische Versorgung zu sichern, sich als Fürsprecher zu engagieren und einkommensschaffende Maßnahmen durchzuführen. So ermöglichen die MCC-"Visitor Exchange"-Programme (in Deutschland unter dem Namen "Trainee-Programm" bekannt) den Aufbau von Beziehungen über ethnische und religiöse Gräben hinweg.

Es lässt sich beobachten, dass die Herangehensweise des MCC auf mehreren Ebenen Erfolg hat. Zum Ersten geht sie sowohl auf kurzfristige als auch auf langfristige Erfordernisse ein. Auch wenn das MCC sich teilweise in der Nothilfe engagiert, ist seine Arbeit vorwiegend auf langfristige Entwicklung ausgerichtet, sowohl in Nordamerika als auch in "Übersee". Deshalb entsendet das MCC seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu dreijährigen Einsätzen und die Freiwilligen in Nordamerika zu zweijährigen Einsätzen und sucht dabei die Personen sorgfältig aus – gesucht werden kulturell sensible Christen, die sich der Gewaltlosigkeit verpflichtet sehen. Zum Zweiten arbeitet das MCC mit der Zivilgesellschaft auf Basisebene zusammen: Es baut Beziehungen auf, um gemeinsam mit der Zivilgesellschaft Themen vor Ort anzugehen, damit die Einheimischen Partner und nicht Abhängige sind. Wenn das MCC gegen Probleme vor Ort vorgeht, nimmt es die Kultur und das Wissen der Einheimischen ernst, wobei häufig eine enge Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen besteht. Zum Dritten setzt das MCC einen beträchtlichen Anteil seiner Mittel für Bildung ein, um die Fähigkeiten der Gemeinschaften vor Ort zu stärken. So versuchen zahlreiche MCC-Projekte, Frieden und Bildung auf die eine oder andere Weise miteinander zu verbinden.

Die Entscheidungen über die Ausrichtung der MCC-Arbeit fallen vor Ort nach Maßgabe der dortigen Bedingungen, Bedürfnisse, Partner und Beziehungen – und nicht in den nordamerikanischen MCC-Büros. Die Entscheidungsfindung ist partizipativ und findet von der Basisebene aus nach oben statt, nicht von oben nach unten. Partizipation und Entscheidungsprozesse an der Basis fördern auch die Eigenverantwortung der Zielgruppen und die Partnerschaft mit ihnen. Dadurch wird das MCC hauptsächlich von seiner Arbeit vor Ort bestimmt und nicht von den Geldgebern. Der Großteil der Finanzmittel stammt von Einzelpersonen, von Benefizverkaufsaktionen ("Relief Sales") der nordamerikanischen Gemeinden und aus Verkäufen in Secondhandläden, gefolgt

von Verkäufen der Fair-Handels-Kette "Ten Thousand Villages". Das MCC vermeidet es, sich stark von staatlichen Geldern abhängig zu machen. Dieser Bereich beschränkt sich weitgehend auf die Bereitstellung von Nahrungsmitteln durch die kanadische Entwicklungsbehörde (Canadian International Development Agency, CIDA). Gelder der US-Regierung und der US-Entwicklungsbehörde USAID lehnt das MCC sogar ganz ab, weil es die Bedingungen nicht gutheißt, die an diese Mittel geknüpft sind.

Die Mennoniten und die Brüder in Christo haben sich in ihrer Geschichte zurückhaltend gezeigt, sich politisch zu engagieren. Aber sowohl in der Bibel als auch in der Täufergeschichte finden sich Beispiele dafür, dass Menschen ihre Stimme gegenüber den Regierenden erheben. So thematisieren die nordamerikanischen Mennoniten seit langen Jahren gegenüber Regierungsvertretern Fragen im Hinblick auf Religionsfreiheit und Frieden, beispielsweise Wehrdienst oder die Zahlung der Kriegssteuer. Die Mennoniten in Nordamerika hatten aus den Erfahrungen von Kriegsdienstverweigerern in zwei Weltkriegen gelernt. Dadurch war die Kirche dem Staat in den Fünfzigerjahren schon einen Schritt voraus, als sie durch das MCC-Friedensreferat Pläne für einen Ersatzdienst erarbeiten ließ, die dann der Regierung vorgelegt wurden. Die nordamerikanischen Mennonitengemeinden engagierten sich auch auf andere Weise. In den Fünfzigerjahren taten Menschen für das MCC Dienst in Vietnam. Als sich die US-Militärpräsenz in Vietnam dann zu einem Krieg auswuchs, erhoben schon bald Mennoniten ihre Stimme gegen den Krieg, auf der Grundlage der historischen Haltung der Kirche und motiviert durch die Erlebnisse der Mennoniten, die in Vietnam Dienst taten. Eine offizielle Erklärung der Mennonite General Conference im Jahr 1965 umfasste auch ein Telegramm an Präsident Lyndon Johnson, in dem die moralische Grundlage des amerikanischen Eingreifens in Vietnam in Frage gestellt wurde. Auch rufen die Partner des MCC in den Entwicklungsländern die Nordamerikaner und Nordamerikanerinnen zunehmend dazu auf, bei der eigenen Regierung im Hinblick auf Politiken vorstellig zu werden, die negative Auswirkungen auf die Armen in den jeweiligen Ländern haben. Dem MCC ist bewusst, dass es in Anbetracht der herrschenden Umstände von Ungerechtigkeit, Willkür und Unterdrückung dringend eines Wiederauflebens von theologischen Bewegungen bedarf, die eine ganzheitliche Vision des Lebens anbieten, im Sinne der gemeinschaftsorientierten Ethik der biblischen Werte sozialer Gerechtigkeit. Denn die Kirche bleibt, auch nachdem sie in allen Bereichen der staatlichen weltlichen Macht und der Bereitstellung von öffentlichen Gütern entmachtet worden ist, für viele noch immer der Hoffnungsträger für die Armen und Unterdrückten.

Die MCC-Büros in Washington und Ottawa und das MCC-Verbindungsbüro bei den Vereinten Nationen in New York setzen sich für lokale und globale soziale Gerechtigkeit ein. Sie tun das kreativ, beharrlich und prophetisch, wozu

auch gehört, dass ein beträchtlicher Teil der mennonitischen Basis auf nationaler, internationaler, lokaler oder Bundesstaats-Ebene die Stimme als Fürsprecher für andere erhebt. Auftrag der Büros ist es auch, eine christliche pazifistische Vision für die Förderung von Frieden und Gerechtigkeit in den nationalen und internationalen Beziehungen zu formulieren und auf sie hinzuwirken; die entsprechenden MCC-Maßnahmen und -Prioritäten, wie sie durch das Wissen und die Partnerschaften auf Basisebene vor Ort geprägt wurden, gegenüber der Regierung, Diplomaten und Nichtregierungsorganisationen darzustellen und zu interpretieren; sowie im Einklang mit den Anliegen des MCC und passend zu seiner programmatischen Arbeit Schwerpunktbereiche zu entwickeln, in denen sie sich als kritische Beobachter und Fürsprecher engagieren. Um in anderen Bereichen Lobbyarbeit zu leisten, hat sich das MCC Organisationen wie "Make Poverty History" angeschlossen, einer weltweiten Basisinitiative, die die führenden Politiker und Politikerinnen der Welt dazu aufruft, entschlossene Schritte zur Beseitigung der Armut zu ergreifen. Es ist auch der "Micah Challenge" (Micha-Herausforderung) verbunden, einer globalen christlichen Bewegung, die von den Staaten fordert, zu den Millenniums-Entwicklungszielen aktiv zu werden und die Armut bis 2015 zu halbieren. Auf diese Ziele haben sich im Jahr 2000 alle 191 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verständigt. Sie legen Mindestzielwerte für den Abbau von Armut, Hunger, Analphabetismus, Frauendiskriminierung und Umweltzerstörung fest, die bis 2015 erreicht werden sollen.

Als ein Werk der Mennoniten- und Brüder-in-Christo-Gemeinden in Nordamerika trägt das MCC erfolgreich zu Entwicklungsinitiativen, Friedensarbeit und zum "Empowerment" im In- und Ausland bei. Es verdankt dies seinem strategischen und programmatischen Ansatz, der klar auf Verantwortlichkeit, eine ganzheitliche Sicht der grundlegenden Menschenrechte und eine Haltung des Zuhörens und Lernens ausgerichtet ist, die Selbsthilfeinitiativen und "Empowerment" fördert und nicht eine Kultur der Abhängigkeit. Ungerechtigkeit, Armut und Willkür sind strukturell Teil unserer Gesellschaften und unserer globalen Wirtschaftsbeziehungen – in Form von niedrigen Löhnen, eingeschränktem Zugang zu Ressourcen für bestimmte Bevölkerungsgruppen, Ernährungsunsicherheit, steigenden Wohnkosten, Gewalt und mangelnder medizinischer Versorgung. Da die Kirche nicht überall tätig werden kann, wo es Not tut, gehört es zur Arbeit der Kirche – und somit des MCC – auch, die Stimme gegenüber dem Staat zu erheben, um Strukturen einzufordern, die dem Gemeinwohl dienen und nicht die Ungerechtigkeit institutionalisieren.

Jacob Kikkert, Jahrgang 1958, MCC-Regionaldirektor Nordwesteuropa;
Übersetzung: Corinna Friesen